



Interviews

Datum: 17. Mai 2023

Wolfgang Schäuble, CDU, ehemaliger Bundestagspräsident im Gespräch mit Maria Grunwald

Maria Grunwald: Herr Schäuble, 1848 erarbeitete die Nationalversammlung eine demokratische Verfassung, die aber dann in den Wirren der Revolution von 1848/1849 gar nicht zum Tragen kam. Die zweite demokratische Verfassung gab es in der Weimarer Republik; die scheiterte komplett. Die dritte demokratische Verfassung gab es dann mit dem Grundgesetz 1949, was eigentlich nur ein Provisorium sein sollte, aber bis heute gilt. Was lernen wir denn daraus?

Wolfgang Schäuble: Ja, gut! Wir lernen daraus, dass die Ideen von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, auch wenn sie gelegentlich durch die politischen Verhältnisse nicht zum Erfolg führen, aber dass sie doch einen dauerhaften Wert darstellen und dass sie auch in unserer Zeit die besten Prinzipien sind, um das Zusammenwirken, das Zusammenleben von Menschen in einer globalisierten Welt unter Bedingungen von Freiheit, Achtung der Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Grunwald: Auch wenn es eine Weile gedauert hat, bis sich das bei uns durchgesetzt hat?

Schäuble: Na ja, gut! Man muss ja sagen, die Weimarer Verfassung ist eigentlich nicht gescheitert, sondern sie ist daran gescheitert – das ist auch heute die Gefahr für eine freiheitliche Verfassung, auch für die Ordnung unseres Grundgesetzes: Wenn die Menschen sie für selbstverständlich halten, dann ist sie in Gefahr. Sie wird nur stark sein, wenn die Menschen sich auch immer wieder für diese freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung engagieren, sie auch respektieren, sie auch gegen Angriffe anderer verteidigen. Die freiheitlich-demokratische Gesellschaft lebt nicht von sich selbst, sondern sie ist auf das Engagement der Demokraten angewiesen. Weimar ist nicht an der Verfassung gescheitert, sondern daran, dass es zu wenig Menschen gab, die sich für die Verfassung engagiert haben.

Grunwald: Würden Sie sagen – wir heben das Ganze jetzt mal ins heute -, ist das auch heute die größte Gefahr, nach wie vor für unsere Demokratie?

Schäuble: Ja, das ist überhaupt eine der größten Gefahren – übrigens in allen westlichen Demokratien. Wir haben ja das Problem nicht nur in Deutschland: Abnehmende Wahlbeteiligung, Neigung zu Extremismus, Neigung zu Populismus, die Tatsache, dass Fake News heute überhaupt kein Problem mehr ist, während man sich ja früher geschämt hat, wenn man dabei ertappt worden ist, dass man etwas Falsches gesagt hat. Heute geht es ja auch durch die neuen Kommunikationstechnologien, die Veränderungen in den Medien. Da haben

wir ja keine rationale, seriöse, öffentliche Debatte mehr, sondern wir lösen uns auf in Teilöffentlichkeiten und es kommt nur noch darauf an, Aufmerksamkeit zu erzielen, nicht mehr auf Seriosität. Ein Beispiel ist ein früherer amerikanischer Präsident, der dann sogar beim Amtswechsel schon einen Staatsstreich versucht hat, um demokratisch abgewählt trotzdem im Amt zu bleiben. Das alles hat auch mit der Veränderung von Öffentlichkeit zu tun und deswegen müssen wir uns klar sein: Diese veränderten technologischen Möglichkeiten in der Öffentlichkeit, wir müssen darauf achten, dass auch unter diesen Bedingungen die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie die Ordnung bleibt, in der sich die Menschen engagieren, aber zugleich auch ihre Grenzen akzeptieren.

Grunwald: Das ist ein Punkt. Ich komme noch mal darauf zurück: Sie haben auch Extremismus genannt. Und oft steht ja die Frage im Raum, Extremismus von rechts, hat der zugenommen? Wenn wir sagen, die AfD steht so gut da wie lange nicht mehr in den Umfragen, und wir wissen, die Jugendorganisation der AfD dürfen wir rechtsextremistisch nennen. Es gibt Führungsfiguren innerhalb der AfD, die als rechtsextremistisch eingestuft sind vom Verfassungsschutz. Beim letzten ARD-Deutschlandtrend würde sie bei der Bundestagswahl 16 Prozent erreichen, im Osten hat sie Chancen, stärkste Kraft zu werden. Würden Sie sagen, das ist wirklich eine sehr, sehr große Gefahr?

Schäuble: Ja, es ist nicht nur der Extremismus von rechts. Es ist der Extremismus generell. Ob der von rechts oder von links ist, interessiert mich übrigens gar nicht so besonders. Wenn Sie übrigens daran denken, bei dem Empfang der russischen Botschaft zum Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges waren ja nicht nur die AfD, sondern auch Die Linke maßgeblich und prominent vertreten. Das ist die alte Erfahrung auch aus dem Scheitern der Weimarer Republik, dass die Extremisten im Zweifel zusammenwirken, trotz ihrer angeblichen großen Feinde, um die freiheitliche Demokratie zu zerstören.

Grunwald: Sie haben vorhin auch angesprochen, es geht um die technischen Möglichkeiten, auch das Internet, es geht auch um Aufmerksamkeit, was man heute erzeugen will. Und da auch die Frage, hat die Politik heute nicht auch eine besondere Verantwortung, besonders besonnen zu kommunizieren und alle Möglichkeiten, auch technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, und schöpft sie diese Aufgabe wirklich aus?

Schäuble: Nein! Wenn wir es gut genug machen würden, dann könnten wir ja die Probleme nicht haben. Also müssen wir besser werden. Aber eine Antwort darauf, wie wir das machen, haben wir so ganz richtig alle noch nicht gefunden. Darin steckt ja ein Teil des Problems, das wir wie gesagt in allen anderen westlichen Ländern, nicht nur in den USA, in Großbritannien, in den skandinavischen Ländern, in Frankreich, in Italien, überall ja mehr oder minder haben, zum Teil schlimmere Entwicklungen als bei uns. Und deswegen, schauen Sie: Habermas, der ja geglaubt hat, dass mit der Möglichkeit der Informationstechnologie nun permanente öffentliche Debatte stattfinden könne, der hat sich inzwischen von den Gefahren des Internets so überzeugt gezeigt, dass er gesagt hat, da habe er sich getäuscht. Heute seien die Gefahren aus diesem technischen Fortschritt größer als die Vorteile.

Grunwald: Herr Schäuble, Sie haben ein paarmal gesagt, dass es ja in anderen Ländern schlimmer sei als bei uns. Aber ich komme noch mal darauf zurück und frage konkret: Wenn Sie sich die Politik anschauen – Sie sind ja noch Teil des Politikbetriebs -, müsste die deutsche Politik nicht oft klarer ihre Politik erklären und kommunizieren, um die Leute auch wieder zufriedener mit der Demokratie zu machen?

Schäuble: Doch! Vor allen Dingen muss sie den Menschen auch versuchen, Dinge zu sagen, von denen sie nach den Umfragen glaubt, dass die Menschen das nicht hören wollen. Wenn die Politik glaubt, sie solle den Menschen nur noch erzählen oder sagen, was die Menschen gerne hören wollen, dann erfüllt sie nicht ihren Auftrag. Ich sage immer, die Politik, wir Politiker, wir – ich bin ja noch Abgeordneter – sollten eigentlich nicht den Menschen sagen, was die Menschen hören wollen, sondern wir sollten den Menschen versuchen zu erklären, was sie nach unserer Überzeugung hören sollen. Und wir haben ja die Erfahrung gemacht in entscheidenden Weichenstellungen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass Regierungsparteien – das war insbesondere die CDU zu Adenauers Zeiten, übrigens auch zu Helmut Kohls Zeiten – dann erfolgreich waren, wenn sie zunächst scheinbar völlig unpopuläre Positionen überzeugend erklärt, aber vor allen Dingen auch durchgesetzt haben. Politik braucht auch den Mut zur Führung.

Grunwald: Den Mut zur Führung nennen Sie gerade. Wir schauen mal auf die konkreten Zahlen in Punkto Zufriedenheit mit Demokratie. Es gibt eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und laut dieser Studie sind weniger als die Hälfte der Menschen in Deutschland zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie – weniger als die Hälfte. Ist das nicht ein Armutszeugnis?

Schäuble: Doch! Aber natürlich für die Menschen selber. Ich sage immer auch jungen Menschen, wenn sie mir das sagen, sie seien nicht zufrieden, dann sage ich, macht es besser. Die Demokratie ist nicht eine Veranstaltung der Politiker, sondern Demokratie ist eine Veranstaltung der Bürger. Und wenn die Bürger sich nicht in und für die Demokratie engagieren, dann wird sie schwächer. Und dass die Menschen damit unzufrieden sind, das muss man den Menschen dann auch sagen. Dann müssen sie selber überlegen, was können sie besser machen.

Grunwald: Herr Schäuble, sprechen Sie sich da gerade für mehr direkte Demokratie aus?

Schäuble: Nein! Ich glaube, die direkte Demokratie ist deswegen problematisch, weil sie im Zweifel auch eher den Stand von Meinungsumfragen widerspiegelt, die ja von einem Tag zum anderen sich völlig ändern können. Dann bin ich eher dafür – da haben wir ja gerade letzte Woche die Debatte gehabt, wo ich mich dann auch nicht der Position meiner Fraktion anschließen konnte -, ich bin schon dafür, dass wir neben der repräsentativen Demokratie auch neue Formen deliberativer Demokratie, nennt man das wohl in der Soziologensprache, erproben.

Grunwald: Zum Beispiel?

Schäuble: Wir haben das mit den Bürgerräten ja in der letzten Legislaturperiode, habe ich ja die Initiative als Bundestagspräsident aufgegriffen, und ich glaube schon, dass man das zumindest versuchen muss, dass für bestimmte Fragen, ob jetzt gerade die gesunde Ernährung das ideale Thema ist, darüber kann man wahrscheinlich unterschiedlicher Meinung sein. Aber die Iren zum Beispiel hatten ein ganz schwieriges Problem mit dem Schutz ungeborenen Lebens in diesem ja sehr katholischen Land und da haben sie mit Formen deliberativer Demokratie mit zufällig ausgewählten Bürgern, die sich intensiv mit dieser Frage über Monate beschäftigt und diskutiert haben, einen Weg gefunden, das ohne große Spaltung der Gesellschaft zu lösen.

Grunwald: Das könnte ein Modell sein?

Schäuble: Ja! Deswegen habe ich auch diese Initiative in der letzten Periode unterstützt und bin auch jetzt dafür, dass man diesen Weg weitergeht.

Grunwald: Herr Schäuble, ich habe noch eine Zahl für Sie. Die ist jetzt bezogen auf das Vertrauen in die politischen Parteien. Laut Standard Eurobarometer der Europäischen Kommission: 64 Prozent der Menschen in Deutschland vertrauen eher nicht den politischen Parteien. Worauf führen Sie das zurück? Was machen die Parteipolitiker da so falsch?

Schäuble: Das hat mit dem zu tun, was wir jetzt gerade diskutiert haben. Das ist ein Befund, der mir eigentlich nur ein Anspruch für die Parteipolitiker oder für die politisch Verantwortlichen sein muss. Sie müssen besser werden. Es muss ihnen gelingen, die Menschen stärker für die repräsentative Demokratie zu überzeugen. Das ist leicht gesagt und nicht so ganz leicht verwirklicht. Wir müssen in der Auseinandersetzung gegen den Populismus, der ja dann leicht auch zum Extremismus führt – wir sehen ja gerade in der Türkei, wie gespalten dieses Land ist, wie wir bei der Wahl am Sonntag gesehen haben -, wir müssen als politisch Verantwortliche, jeder in seinem Bereich, jeder in seiner Überzeugung, diese Herausforderung ernstnehmen, unsere Politik besser erklären, aber vor allen Dingen auch unseren Führungsanspruch ernstnehmen, nicht dem Volk nach dem Mund reden. Martin Luther hat schon gesagt, man soll aufs Maul schauen, aber man soll ihm nicht nach dem Mund reden, sondern man soll in einer verständlichen Form das sagen, was man selbst für notwendig hält. Dass wir zum Beispiel jetzt in allen Fragen immer sagen können, da muss der Staat das ausgleichen, das ist doch klar. In Zeiten leerer Kassen, in Zeiten hoher Inflation muss der Staat klar sagen, nein, wir können nicht alle Aufgaben erfüllen, wir müssen uns auf Prioritäten setzen, und unsere wichtigste Aufgabe ist im Augenblick die Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa und darüber hinaus.

Grunwald: Da kommen Sie wieder auf das Stichwort klare Kommunikation der Politiker zurück. Aber es gibt ja auch den Vorwurf, dass sehr viele Menschen sagen, die eine Partei wirft es immer der anderen Partei vor und man beschuldigt sich gegenseitig. Auch das wirkt sich ja darauf aus, dass die Leute so unzufrieden mit der Arbeit der Parteien sind. Wie weit dürfen Parteipolitiker mit einer anderen Partei streiten?

Schäuble: Das ist das Prinzip die Voraussetzung von Freiheit. Wettbewerb ist ja in der Demokratie das richtige Instrument. Wettbewerb heißt ja nicht Feindschaft. Es gibt auch eine gemeinsame Verantwortung für den Staat. Aber in der Demokratie verwirklicht sich die Freiheit auch durch den freien, wirklich fairen Wettbewerb. Das was in der Türkei bei den Wahlen nicht fair war, nämlich dass Erdogan die ganze veröffentlichte Meinung, alle Medien hinter sich hat, das ist nicht ein fairer Wettbewerb. Aber ein freier, fairer Wettbewerb ist das Instrument, um demokratische Freiheit zu sichern. Wo es nur eine Meinung gibt, gibt es keine Freiheit.

Grunwald: Der Punkt gesetzt. Streiten gehört zur politischen Kultur dazu. Das hören wir klar heraus. – Herr Schäuble, ich schließe final den Bogen zur Paulskirche. Was müssen Jugendliche heute Ihrer Meinung nach von der Paulskirche, von der ersten Nationalversammlung wissen, um unsere Demokratie am Leben zu halten?

Schäuble: Die müssen wissen, dass das, was uns heute selbstverständlich erscheint, unter schweren Opfern und Kämpfen errungen wurde. Und wenn es die Jungen für die Zukunft erhalten wollen, dann müssen sie sich nach ihren Vorstellungen in ihren Möglichkeiten und Überzeugungen dafür engagieren.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.